HAVEL BRANDUNG

Ausgabe Herbst 2011

Die linke Zeitung
für Brandenburg an der Havel

Brief eines Sympathisanten ▸ 3
An den Revier-Förster

Wer die Wahl hat ▸ 4
Die Suche nach dem richtigen Kandidaten

Kolumne ▸ 5
Wahlversprechen

Rate mal ▸ 7
Büchergutscheine zu gewinnen!



ALFREDO FÖRSTER steht für:

- Bürgerhaushalt, sobald die Finanzlage es zulässt
- die Schuldenmisere angehen, mit sozialem Augenmaß
- Bürgerbefragungen zu städtischen Angelegenheiten
- Ausbau der Milchversorgung in Kindergärten
- Kindergärten: ganztägig, gebührenfrei, zuerst kostenfreies Vorschuljahr
- Langfristig kostenfreies erstes Hortjahr
- Offenes und kostenloses W-Lan in der Innenstadt
- Schaffung einer städtischen Jugendherberge
- Ausbau des Radwegenetzes
- Keine Privatisierung öffentlicher Unternehmen, z.B. Städtisches Klinikum

Deshalb: am 11. September Alfredo Förster wählen!

Mut zum Miteinander!

In Brandenburg an der Havel liegen Reichtum und Armut dicht beieinander.
Eine vielfältige Natur mit ausgedehnten Wäldern und Seen, viele kulturhistorische Reize und eine durchaus beachtliche Lebensqualität zeichnen Brandenburg an der Havel aus. Gleichzeitig ist Brandenburg an der Havel auch geprägt vom Wegfall vieler Industriearbeitsplätze nach der Wende und daraus resultierender Arbeitslosigkeit.
Manche Folgen davon haben sich so verfestigt, dass leider eine hohe Kinderarmut zu verzeichnen ist. Alfredo Förster wird als LINKER Oberbürgermeister darauf achten, dass es für Jede und Jeden in Brandenburg an der Havel eine gute Chance gibt.
Eine Chance auf gute Bildung, vor allem für Kinder und Jugendliche. Eine Chance, anständig bezahlte Arbeit zu erhalten. Aber auch die Chance, bezahlbare Kultur-, Sport- und Jugendangebote wahrzunehmen.
Kurz:
die Arbeits- und Lebensbedingungen zu verbessern!
Dafür wird er auch mit den Unternehmen in der Stadt zusammenarbeiten.
All das geht nur miteinander, in transparenter, offener Arbeit, die einen solidarischen Ausgleich findet.

Eben: ORIGINAL SOZIAL!

Eine ehrliche Politikerin

Linke Oberbürgermeister bringen Städte voran



Angelika Gramkow ist seit 1. November 2008 erfolgreiche Oberbürgermeisterin der LINKEN in Schwerin.

2008 wählten die Schwerinerinnen und Schweriner mit einem denkbar knappen Vorsprung eine Oberbürgermeisterin, Angelika Gramkow von der LINKEN.
Um es vorweg zu nehmen, die Wirtschaft ist nicht geflüchtet und in Schwerin ist nicht der Sozialismus ausgebrochen. Hat die Oberbürgermeisterin etwas erreichen können? Ja! Ihr Slogan im Wahlkampf war das Wort „gemeinsam“ und das wurde wahr. Sie hält regelmäßig Bürgersprechstunden in den Ortsteilen ab und trifft sich dabei oft mit Ortsbeiräten. Sie weiß so, was die Menschen in der Stadt bewegt, und versucht, gemeinsam mit ihnen Dinge zu ändern. Die Ortsbeiräte haben einen neuen Stellenwert in der Stadt erhalten.
Dabei ist sie ehrlich. Sie sagt, auch jenen die es nicht hören wollen, dass sich Schwerin nur eine Schwimmhalle leisten kann. Viele Landeshauptstädter hören das nicht gerne, aber das Geld ist knapp. Mit dieser Begründung strich die Mehrheit der Stadtvertretung fast alles Geld für die 850-Jahr-Feier der Stadt und den Festumzug. Angelika Gramkow rief die Vereine, Verbände und die Wirtschaft auf. Gemeinsam wurde es der größte Festumzug, den Schwerin je erlebte. Firmen übernahmen Patenschaften für LKW die die Entwicklung der Stadt darstellten; auch die Zeit Schwerins als Bezirksstadt wurde nicht ausgespart.
Gemeinsam etwas für Schwerin zu erreichen, das war das Ziel. Gemeinsam mit dem Unternehmerverband, den Gewerkschaften, der Polizei und den Vereinen. Das schafft sie und die Leute in Schwerin akzeptieren ihre Oberbürgermeisterin und grüßen sie gerne, wenn sie mit ihrem Fahrrad ins Stadthaus zur Arbeit fährt.
R. Kretzschmar DIE LINKE

Auf Dummenfang

Knallhart zugeschnittener Wahlkampf

Wer über genügend „Kleingeld“ verfügt, kann sich ein erfahrenes, hochkommerzielles Wahlteam leisten.
Und ein solches dürfte, sicher nicht nur für einen Appel und ein Ei, der wohl auch nicht gerade am Hungertuch nagenden Oberbürgermeisterin Dr. Tiemann als CDU-Kandidatin hilfreich und tatkräftig zur Seite stehen. Obwohl sie von den kommunalen Medien, einschließlich des ihr ebenfalls freundlich gesinnten Stadtkanals, vorzüglich behandelt wird und als sich christlich gebende Partei auch deren konfessiolle Anhänger einzunehmen versucht, ist sie sich ihres Wahlerfolges trotzdem nicht sicher.
Weshalb das geschäftstüchtige Wahlteam für
solche Fälle die zwar nicht neue, aber zumeist recht erfolgversprechende Masche der liebevollen Mitmenschlichkeit, der psychologischen Einflussnahme einsetzt. Alles ist knallhart auf die Kandidatin zugeschnitten.
Dabei fällt auf, dass sie sich auf allen Plakaten und auch sonst bei jeder öffentlichen Zurschaustellung, die in letzter Zeit geradezu inflationär waren, unglaublich volksnah gibt, so als wäre sie der gute Kumpel von nebenan, der kein Wässerchen trüben kann. In Fachkreisen nennt man dies die „Menschelmasche“. Jede das Wahlergebnis schädigende Distanzierung wird ängstlich vermieden. Sogar das eigentlich dazugehörende CDU-Parteikürzel sucht man auf manchen Plakaten vergebens – wahrscheinlich nicht ganz ohne Grund. Fast sieht es so aus, als wäre Frau Dr. Tiemann eine einsame Einzelkämpferin, was natürlich nicht stimmt. Selbst der allen bekannte Doktortitel, mit dem Bewerber ansonsten zuhauf hausieren gehen, fehlt in ihrer Kurzbiografie auf dem mit zahlreichen emotionalen Attributen geschmückten Flyer.
Um nicht missverstanden zu werden: Natürlich kann man so für sich und seine Partei werben, aber wer so wirbt, setzt sich zumindest dem Verdacht aus, von wichtigen Themen abzulenken.
Dazu gehört auch die mangelhafte oder gar verhinderte Umsetzung verschiedener Projekte. Und dazu gehören letztlich auch kostspielige Bauten, die demonstrativ aus dem Erdboden gestampft wurden und damit sogar ein wenig an diktatorische Zeiten der DDR erinnern.
W.Weise

LINKE bruncht mit Markov



Am Sonntag, 04. September war der stellv. Ministerpräsident und Finanzminister des Landes Brandenburg, Dr. Helmuth Markov (DIE LINKE) zu Gast in Brandenburg an der Havel. Gemeinsam mit dem Oberbürgermeisterkandidaten der LINKEN, Alfredo Förster, stellte er sich den Fragen der Bürger in Vorbereitung der Oberbürgermeisterwahl. Moderiert wurde die Veranstaltung von Maria Strauß, der langjährigen Landesgeschäftsführerin der Brandenburger LINKEN. Bei der gut besuchten Veranstaltung, an der auch der Landtagsabgeordnete der LINKEN, Dr. Andreas Bernig teilnahm, wurde über kommunal- und landespolitische Themen, insbesondere über Fragen der Finanzausstattung kreisfreier Städte und ihrer weiteren Perspektiven lebhaft diskutiert. Der Oberbürgermeisterkandidat Alfredo Förster nutzte die Gelegenheit, sein Wahlprogramm zu erläutern und mit den Bürgern ins Gespräch zu kommen. v.l.n.r. Dr. H. Markov, Maria Strauß, Alfredo Förster



Der Oberbürgermeisterkandidat der LINKEN, Alfredo Förster, überreicht den Gästen zum politischen Brunch vor der Theaterklause einen roten Begrüßungscocktail.

Brief eines Sympathisanten an den Revier-Förster

Lieber Alfredo, ...

... du kennst mich nicht und mein Bild von dir wird vornehmlich von deinen öffentlichen Auftritten sowie dem Wildgeschrei aus deinem politischen Forst-Revier geprägt. Mithin kenne ich dich ein bisschen besser ... nicht. Dabei hätte es durchaus bleiben können. Da du jedoch deinen OB-Hut in den Ring geworfen hast, ist dir schon qua Amtbegehren mein gesteigertes Interesse sicher.

Es ist schon Jahre her, als du damit begonnen hast, die Stadt-PDS von innen aufzumischen. Ich gestehe, deine frische Freche als belebendes Element empfunden zu haben, nachdem vormalige PDS-Aktive es schon als Akzeptanzerfolg für sich gefeiert hatten, wenn man ihnen, zumal als SED-Alt-Kader, in der SVV wenigstens mit protokollarischer Höflichkeit begegnet ist. Mit dir zog ein neues Selbstbewusstsein in die SVV ein. Den Preis für den Imagewechsel legtest du meistens selber fest, hoffend oder ahnend, dass du dich auch in deinen Momenten egozentrisch anmutenden Eigensinns auf die schier endlose Langmut von Maiwald und Genossen verlassen konntest.

Noch verdienst du deine gut belegten Brötchen als Pharmareferent in einer Branche, die bisher noch jeder Gesundheitsreform der vergangenen Jahre ihren Profitstempel aufgedrückt hat, doch nun möchtest du vom Pharma-Haifischbecken in Brandenburgs Verwaltungs-Pool wechseln, um als Chef-Schwimm-Meister die Stadt vor dem finanziellen Ertrinken zu bewahren und neue Rettungsringe für Wirtschaft, Kultur und Schulen zu beschaffen. Ich hoffe, du hast noch ein paar gesunde, unplombierte Reißzähne im Gebiss und genügend bunte Pillen im Dienstgepäck.



Als bekennender Genießer bist du, wie ich hörte, den ganz edlen Reben-Lagen zugetan. Da kann ich hinsichtlich deiner Standhaftigkeit nur hoffen, dass es nicht Tiemanns Dietlind war, die kürzlich im Kloster Eberbach ein Fläschchen des 1920er Steinberger Riesling für lächerliche 10.300 € ersteigert hat, in dem Wissen, dass du von diesem alten Tropfen als der „Wein gewordenen Versuchung“ schwärmst. Vielleicht solltest du deine Geschmacksnerven doch mehr am „Werderaner Wachtelberg“ justieren, bei dem die Versuchung mit knapp 9 € viel preiswerter, der Regionalbezug größer und die gefühlte Kluft zum Hartz IV-Empfänger nicht ganz so tief ist.

An deiner ausgeprägten Flexibilität habe ich kaum Zweifel; befragt nach deinen politischen Vorbildern, nennst du Lenin und Konrad Adenauer in einem Atemzug. Puh! Diesen Spagat muss dir erst einmal einer nachmachen! Wie sollen nur die armen Jungs vom Verfassungsschutz darauf reagieren: dich argwöhnisch beobachten oder fürs Bundesverdienstkreuz vorschlagen?! Du solltest etwas aufpassen, dass dir deine geistigen Gelenke nicht ausleiern ...

Und, lieber Alfredo, über eines muss im Falle deiner OB-Wahl auch noch geredet werden. Du gibst an, deinen Zweitwohnsitz gern in Sapa, im vietnamesischen Hochland nehmen zu wollen. Sieh bloß zu, dass deine Pharma-Lobby dann die Kosten für die doppelte Haushaltsführung übernimmt und du sie nicht noch unserer armen Stadt aufdrücken musst, sonst werden wir auch ohne deine gewünschte Schul-Sternwarte auf dem Marienberg nur sehnsüchtig in den Mond gucken...

Also, carpe diem, und möglichst jeden! Unbekannterweise, aber freundlich gesonnen grüßt *Hans-Joachim Laß*

Die Lebenshilfe

Ein Verein für Menschen mit gesitigen und körperlichen Beeinträchtigungen

Der Lebenshilfe für Menschen mit geistigen und körperlichen Einschränkungen Brandenburg/Havelland-Fläming e.V. wurde als Selbsthilfegruppe und Elternverein im Jahr 1990 gegründet.

Wir fördern, begleiten, betreuen und unterstützen in unseren Einrichtungen mehr als 250 Menschen mit Einschränkungen.

Wir setzen uns dafür ein, dass Menschen mit Einschränkungen von der Kindheit bis ins Alter so normal und selbstständig wie möglich leben können und dass ihnen die Hilfen und Unterstützungen zuteil werden, die sie dafür brauchen.

Die Lebenshilfe vertritt die Interessen von Menschen mit Einschränkungen und ihrer Angehörigen, wendet sich gegen Benachteiligung und Ausgrenzung und setzt sich ein für Akzeptanz, Respekt und Anerkennung.

Unser Verein hat 150 Mitglieder und beschäftigt in seinen Einrichtungen in Brandenburg an der Havel und Umland, sowie in Potsdam mehr als 100 Angestellte und Mitarbeiter.

ANGEBOTS- UND LEISTUNGSSPEKTRUM

1. WfbM IWB – Industrie Werkstätten Brandenburg/Havel gGmbH
2. Wohnstätte für Menschen mit geistiger Behinderung
3. Ambulant Betreutes Wohnen
4. Offene Hilfen
5. Begegnungsstätte

Lebenshilfe



Dr. Andreas Bernig backt mit Einwohnern in der neuen Wohnstätte der Lebenshilfe in der Nikolaus-von-Halem-Straße.

Neues Bundeskinderschutzgesetz

Die Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Dr. Kristina Schröder, hat ein neues Bundeskinderschutzgesetz vorgelegt und der Bundesrat hat dazu Stellung genommen. Das Gesetz bringt Prävention und Intervention im Kinderschutz gleichermaßen voran und stärkt alle Akteure, die sich für das Wohlergehen von Kindern engagieren, angefangen bei den Eltern, über den Kinderarzt oder die Hebamme bis hin zum Jugendamt oder dem Familiengericht. Der Bundesrat begrüßt diese Zielsetzung und unterstützt die zentralen Regelungsbereiche des Gesetzes. Nur in wenigen Punkten vertreten die Länder eine abweichende Meinung; ein Konsens erscheint aber möglich.

P. Zimmermann



Die wichtigsten Punkte des Gesetzes sind:

- Einschlägig Vorbestrafte sind von Tätigkeiten in der Kinder- und Jugendhilfe ausgeschlossen.
- Alle Hauptamtlichen in der öffentlichen und freien Jugendhilfe müssen ein erweitertes Führungszeugnis vorlegen. Für Ehrenamtliche wird mit den Trägern vereinbart, bei welchen Tätigkeiten dies nötig ist.
- Um ein "Jugendamt-Hopping" zu verhindern, wird künftig sichergestellt, dass bei Umzug der Familie das neu zuständige Jugendamt alle notwendigen Informationen vom bisher zuständigen Jugendamt bekommt, um das Kind wirksam zu schützen.
- Für Berufsgeheimnisträger, z. B. Ärzte, die die Gefährdung eines Kindes oft als erste erkennen, gibt es jetzt klare Regelungen, wie die Informationsweitergabe ablaufen soll, ohne die Vertrauensbeziehung zwischen Arzt und Patient zu gefährden, aber dennoch die Brücke zum Jugendamt zu schlagen.
- Klarer sind auch die Regelungen zum Hausbesuch. Dieser soll in solchen Fällen zur Pflicht werden, wo er nach fachlicher Einschätzung erforderlich und der wirksame Schutz des Kindes dadurch nicht in Frage gestellt ist. Der zentralen Zielsetzung des Gesetzes stimmten die Länder bereits zu, nämlich den präventiven Schutz von Kindern mit folgenden Maßnahmen deutlich zu erhöhen:
- Ausbau früher Hilfen sowie verlässlicher Netzwerke für werdende Eltern,
- Einführung von leicht zugänglichen und flächendeckenden Hilfsangeboten für Familien vor und nach der Geburt sowie in den ersten Lebensjahren des Kindes; dazu werden alle wichtigen Akteure – Jugendämter, Schulen, Gesundheitsämter, Krankenhäuser, Ärzte, Schwangerschaftsberatungen, Polizei – in einem Kooperationsnetzwerk zusammengeführt,
- Stärkung des Einsatzes von Familienhebammen, die Familien in belastenden Lebenslagen bis zu einem Jahr nach der Geburt des Kindes begleiten.

Das Gesetz soll am 1. Januar 2012 in Kraft treten.

LEXIKON

Warum das Wirtschaftswachstum Sollbruchstellen braucht

Wissen Sie, wo an Ihrem neuen Mixer oder Föhn oder Fahrrad die „Sollbruchstelle" ist?

Also die Stelle, wo das Gerät planmäßig nach einer gewissen Zeit zu Bruch gehen soll, damit man sich ein neues kaufen oder eine kostspielige Reparatur bezahlen muss? Wobei die Reparatur oft teurer ist als eine Neuanschaffung und somit der Wegwerfgedanke aufkommt. Diese Stelle gibt es tatsächlich und ihre Notwendigkeit wird von den Bruchplanern folgendermaßen begründet: Eine zu dauerhafte Funktionstüchtigkeit der Produkte schmälere das Wirtschaftswachstum. Aber nur wenn die Wirtschaft stets und ständig wachse, könne auch der Wohlstand wachsen. Nicht gerade der Wohlstand für jedermann, aber der Wohlstand derjenigen, die in der Wirtschaft das Sagen haben.

Nun könnte man einwenden, dass doch kein normaler Mensch ins Unendliche wachsen will. Jedenfalls nicht körperlich. Selbst für Friedrichs „Lange Kerls" oder super-langbeinige Top-Models war bzw. ist bei 1,80 m die Wunschgrenze erreicht. Manchmal lassen sich stolze Gärtner mit Riesenkürbissen ablichten oder stolze Sammler mit Monster-Pilzen, aber da geht es um Kuriositäten, deren praktischer Nutzen gar nicht erst behauptet wird.

Die Frage muss erlaubt sein, ob sich die Verbraucher, Königin und König Kunde also, im Namen des Wirtschaftswachstums tatsächlich alle Naselang an neue Produkte gewöhnen wollen oder ob sie nicht lieber langlebige Waren kaufen würden, für die dann auch eine Reparatur zu fairen Preisen vorgesehen wäre. Ob das Volk, laut Grundgesetz Herrscher in einer Demokratie, tatsächlich für fragwürdige Projekte blechen will, nur damit die Raffgier der Projektentwickler befriedigt wird. Wahrscheinlich nicht, aber was nutzt schon das Votum von Herrschern und Königen, wenn der allmächtige Gott redet. Gott Wirtschaft. In dessen Himmel aber nur ausgewählte Vertreter Platz haben.

Friseusen zum Beispiel nicht. Denn wie anders ist es zu erklären, dass diese Meisterinnen des kontrollierten Wachstums und der Sollbruchstellen so grottenschlecht entlohnt werden?

Dr. U. Sändig

Wer die Wahl hat...

Wie findet man den richtigen Kandidaten?

Nein, Sie müssen nicht zur Wahl gehen. Denn danach könnten Sie vielleicht Gewissensbisse bekommen, womöglich doch den falschen Kandidaten gewählt zu haben. Außerdem wird die Oberbürgermeisterwahl in jedem Fall stattfinden, ob Sie nun teilnehmen oder nicht. Doch wer meint: Lass die mal machen, sei an einen französischen Gelehrten namens Voltaire erinnert, der bereits vor gut 250 Jahren zu bedenken gab: „Wir sind nicht nur verantwortlich für das, was wir tun, sondern auch für das, was wir nicht tun." Denn nicht zur Wahl zu gehen ist letztlich auch eine Wahlentscheidung.

Wer sich jedoch entschließt, an der Wahl teilzunehmen, der steht vor der Frage: Wie findet man den richtigen Kandidaten? Schwer zu sagen, weil keiner der Bewerber vollkommen ist, sondern jeder seine Schwächen hat. Hinzu kommt, dass der Wähler durch seine persönlichen Erfahrungen nachhaltig geprägt ist und sich schwer tut, seine Meinung vielleicht doch noch zu überdenken. Außerdem möchte keiner belehrt, vereinnahmt oder gar eingelullt werden. Trotzdem kann es nicht schaden, sich kundig zu machen.

Was also wäre zu tun? Da hilft nur eins: Dem/der Kandidaten/in gehörig auf die Finger zu schauen und nachzuprüfen, wie vertrauenswürdig er/sie ist und für wen er/sie sich einzusetzen gedenkt. Entscheidend ist die Frage, was unsere Stadt wirklich weiter bringt. Zwar wurde, wie man sieht, geradezu verdächtig viel gebaut in Brandenburg, aber zu welchem Preis? Das schlagzeilenträchtige Loch auf dem neustädtischen Markt ist verschwunden, um das einst kräftiger Rummel veranstaltet wurde und das – seien wir ehrlich – durch seine intensive wie professionelle Vermarktung zugunsten der CDU nicht wenig dazu beigetragen hat, bei der vorigen OB-Wahl den begehrten Chefsessel für Frau Dr. Tiemann freizumachen. Dafür hat sich jetzt ein noch viel größeres Loch aufgetan, das nicht mit viel Rabatz einfach zugeschaufelt werden kann, sondern den Einwohnern, insbesondere aber dem zukünftigen OB, noch über viele Jahre ganz gehörige Sorgen bereiten dürfte. Was für ein Loch das sein soll, möchten Sie wissen? Es ist unser aller abgrundtiefes Finanzloch von ca. 150 Millionen Euro. Es wird uns wie ein Krebsgeschwür noch beängstigend lange begleiten.

Was die beiden Löcher mit Alfredo Förster zu tun haben? Rein gar nichts, denn dafür kann man ihn nun wirklich nicht verantwortlich machen. Trotzdem, oder vielleicht gerade deshalb, wäre es sicher nicht verkehrt, mal darüber nachzudenken, ob es nicht Alternativen für das Amt des OB gibt. Vielleicht braucht man ja, um ein 150-Mio-Euro-Loch zu produzieren, einen Doktorhut. Um dieses Loch zu beseitigen, braucht man jedenfalls andere Qualitäten – und die hat, davon sind wir überzeigt, Alfredo Förster! Selbst wenn Sie ihn, aus welchen Gründen auch immer, nicht sympathisch finden – fordern Sie ihn doch einfach heraus! Mit Ihrem Wahlschein haben Sie es in der Hand! *W. Weise*

Wahlversprechen

Kolumne von Alfredo Förster



Viele Versprechen der Politiker werden in einer Wahlurne begraben. Deren Grabstätte wird mit Hoffnungen bedeckt und mit der Vergesslichkeit der Wähler geschmückt. Erinnern Sie sich noch an das Jahr 2006? Damals beschwerte sich der ehemalige Parteichef der SPD und einstige Vizekanzler Franz Müntefering ganz öffentlich darüber, dass es „unfair“ sei, daran gemessen zu werden, was Parteien in ihrem Wahlkampf versprechen.

Sein Frust hatte einen Grund: “Weniger Steuern, weniger Staat”, versprach die heutige Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) vor ihrer Wahl 2005. Bereits ein Jahr später erhöhten dann CDU und SPD in großer Eintracht die Mehrwertsteuer von 16 auf 19 %. Auch 2009 klangen die Versprechen der einzelnen Parteien vor der Bundestagswahl hoffnungsvoll. Von der Abschaffung der Studiengebühren konnte man in einigen Wahlprogrammen lesen und über die Einrichtung von 500.000 neuen Studienplätzen. Gleich mehrere Parteien versprachen den bundesweit einheitlichen Mindestlohn von 7,50 Euro. Auch ein Steuerbonus von 300 Euro bei Verzicht auf die sonst fällige Lohnsteuererklärung oder das „Bürgergeld für alle“ von 662 Euro und die Anhebung des Kindergelds auf 200 Euro entsprangen keinesfalls einem LINKEN Manifest. Denn wenn es um das Einwerben von Wählerstimmen geht, zeigen sich CDU, SPD, Grüne und FDP durchaus flexibel. Sie wissen genau: In unserer Demokratie wählen die Bürger allzu oft die Katze im Sack! Wahlversprechen sind eine Fiktion. Man sagt nur, was man machen würde, nicht, was man wirklich machen werde. Man schreibt, was der Wähler lesen will. Warum sollte dies für die am 11. September anstehenden Oberbürgermeisterwahlen anders sein?

Versprochen hatte man uns zum Beispiel seit Jahren ein Parkhaus am Bahnhof, eine Jugendherberge, die Sanierung und Umnutzung des alten Stadtbades und eine Skater-Halle für die Jugend in unserer Stadt. Was nach der Stimmabgabe wichtiger war, kann der Wähler selbst beurteilen, wenn er die aufgeblasene Architektur vor unserem Bahnhofsvorplatz betrachtet, dem sündhaft teuren Plätschern des Mühlengrabens – wenn er denn plätschert – lauscht oder den Nutzen der neuen Millionenbrücke über den Stadtkanal ergründet.

Deshalb lohnt es sich, nicht nur vor jeder Wahl sehr genau hinzuhören, was alles versprochen wird, sondern ebenso darauf zu achten, mit welcher Verlässlichkeit die Kandidaten zu ihrem Wort stehen und ob sie bereit sind, für ihre Versprechen die eigene Hand ins Feuer zu legen. Genau dazu möchte ich sie auffordern. Lesen sie mein Wahlprogramm. Es ist der Mühe wert. Ich stehe zu meinem Wort.

Ihr Oberbürgermeister-Kandidat Alfredo Förster

Kerstin Huch

Porträt

„...das eigene Leben meistern“



Für das diesmalige Porträt habe ich die kleine, umtriebige Kerstin Huch getroffen. Wir kennen uns schon seit Ende der 1980-er Jahre. Das hört sich gewaltig an, dabei ist sie gerade 43 Jahre. Seit 1988 ist die Sozialarbeiterin und Sozialpädagogin Mitglied unserer Partei. Von 2005 bis 2009 war sie Mitglied des Stadtvorstandes und verantwortlich für die Zusammenarbeit mit Verbänden und Vereinen. Hier hat Kerstin gute Erfahrungen. Als Mensch mit einem Handicap engagiert sie sich seit vielen Jahren für die Behinderten.

Havelbrandung: Seit wann bist du Mitglied der Stadtverordnetenversammlung (SVV)?

Kerstin Huch: Bei den Kommunalwahlen 2008 gaben mir viele Mitbürger unserer Stadt ihre Stimme und somit ihr Vertrauen. Ich schaffte den Einzug in die SVV. Von Beginn an bin ich im Ausschuss für Gesundheit, Soziales und Senioren und im Rechnungsprüfungsausschuss. Mein Ziel im Sozialausschuss ist die Interessenvertretung insbesondere von Menschen mit Beeinträchtigung und von Senioren bei Beachtung der „Barcelonaer Erklärung“ und der „UN-Konvention der Rechte von Menschen mit Behinderung“. Mir kommt es dabei auf die Darstellung linker Positionen im Bereich Sozialpolitik an.

Havelbrandung: Welche weiteren ehrenamtlichen Tätigkeiten übst du aus?

Kerstin Huch: : Seit 1993 bin ich ehrenamtliche Mitarbeiterin in der Geschäftsstelle der LINKEN. Einige Genossen und ich sichern so die tägliche Organisation unseres Stadtverbandes ab.

Seit 2003 bin ich außerdem Mitglied des Behindertenbeirates der Stadt und war bis 2005 Vorsitzende der AG „Gesundheit und Soziales“. Seit 2004 bin ich aktives Mitglied der Volkssolidarität und seit 2007 Vorsitzende des Stadtverbandes dieser Organisation. Im Regionalbüro der Rosa-Luxemburg-Stiftung Brandenburg/Havelland bin ich seit 2007 ehrenamtliche Koordinatorin. In der Landesarbeitsgemeinschaft „Linke Behindertenpolitik“ bin ich seit 2008 stellvertretende Leiterin.

Havelbrandung: Welche Hobbys hast du?

Kerstin Huch: Ich lese gern Biographien wichtiger Menschen, aber auch historische Romane haben mein Interesse geweckt. Zweimal in der Woche mache ich „Nordic Walking“.

Am Ende des Gesprächs war Kerstin schon wieder in Eile. Der nächste Termin wartete. Mit ihrem Motto „Andere zu unterstützen hilft, das eigene Leben zu meistern“ machte sie sich auf den Weg.

Havelbrandung: Wir wünschen Kerstin immer glückliche Tage und eine erfolgreiche Legislatur.

W. Müller

Studie enthüllt:

LINKE haben gute Chancen

Nicht Infra-Test wurde befragt, sondern das Verhalten der Bürger in Augenschein genommen. Dabei wurde festgestellt, dass Anhänger aller übrigen Parteien die Linke als ernst zu nehmenden Kontrahenten betrachten. Das führte inzwischen zu rüden Aktionen. Plakate des politischen Gegners zu attackieren offenbart nicht nur einen Mangel an Fairness, sondern zeigt mit erschreckender Deutlichkeit, was manchem Mitbürger die hochgelobte Demokratie und Meinungsfreiheit in Wirklichkeit wert ist. Nämlich herzlich wenig. So reagieren sich Kleinkinder ab, wenn sie ihr Spielzeug oder ihren Willen nicht bekommen. Das ist kein Zeichen von Stärke, sondern ein geistiges Armutszeugnis. Bei Heinrich Heine heißt es: „Wo man Bücher verbrennt, verbrennt man am Ende auch Menschen“. Nein, so weit ist es gottlob nicht, aber mit Toleranz hat dieses armselige Verhalten, das von Angst und Engstirnigkeit geprägt ist, ganz gewiss nichts zu tun. Wer so reagiert, verrät damit auch, dass er den politischen Gegner fürchtet. Die Sonne wird sich nicht verdunkeln, wenn Herr Förster als OB fungieren sollte. Er wird lediglich die Akzente ein wenig anders setzen. Und dies ganz gewiss nicht zum Nachteil der Brandenburger! *W. Weise*



Am 28. August 2011 fand auf dem Neustädtischen Markt das inzwischen traditionelle Beachvolleyball-Turnier der Demokraten statt. Neben Frau Dr. Tiemann spielten auch die LINKEN mit.

Der Haushaltsplan 2012

Schwerpunktprojekte weiter voran getrieben

Der Entwurf des Haushaltsplans 2012 der Landesregierung steht: Es ist Rot-Rot unter schwieriger werdenden finanzpolitischen Rahmenbedingungen gelungen, die politischen Schwerpunktprojekte aus der Koalitionsvereinbarung weiter voran zu treiben und finanziell abzusichern. Gleichzeitig wird die geplante Neuverschuldung im Vergleich zu 2011 um weitere 170 Mio. Euro zurückgefahren. Dabei handelt es sich um eine Kreditermächtigung. Wie viel davon tatsächlich in Anspruch zu nehmen ist, wird der Haushaltsvollzug zeigen. Am Konsolidierungskurs mit sozialem Augenmaß hält die rot-rote Koalition damit unbeirrt fest. Das bedeutet auch: Es wird im Jahr 2014 keine Neuverschuldung geben.

An den bildungspolitischen Zielen – eine der Prioritäten - werden keine Abstriche gemacht. So umfasst der Etat des Bildungsministeriums ohne die beschlossenen Tarif- und Besoldungssteigerungen 1,4379 Mrd. Euro. Im Vergleich zu 2011 macht dies eine Differenz von 1,4 Mio. Euro aus. Auch die Mittel für die Schulen in freier Trägerschaft werden 2012 im Vergleich zu 2011 um 4,8 Mio. Euro auf insgesamt 152,3 Mio. Euro aufgestockt und so der aktuellen Schülerzahl angepasst. Damit ist klar: Für die eigentliche Absicherung des Unterrichts, die Lehrerbildung/Fortbildung, die Weiterbildung und bei der Finanzierung der Kindertagesstätten gibt es keine Kürzungen in den Haushaltsansätzen! Bis 2014 werden 2000 LehrerInnen neu eingestellt, deutlich mehr als bislang geplant. Das ist die konsequente Antwort der Koalition und des Finanzministers Helmuth Markov (DIE LINKE) auf die Herausforderungen in diesem Bereich.

Die zeit- und wirkungsgleiche Übernahme des Tarifabschlusses und die in den Eckwerten 2012 noch nicht berücksichtigten so genannten Altanschließerbeiträge werden zu zusätzlichen Ausgaben führen, die aber durch die prognostizierten Steuermehreinnahmen gedeckt werden können. Gleichzeitig sind diese Ausgaben aus zusätzlichen Rechtsverpflichtungen dafür verantwortlich, dass das Haushaltsvolumen im Vergleich zu 2011 geringfügig steigen wird. Eine weitere Absenkung der Nettokreditaufnahme wird auch deshalb von der Linksfraktion abgelehnt. Dies würde zu weiteren Einschnitten bei den dringend notwendigen Investitionen des Landes führen. Am Ende würde das Land kaputt gespart.

Fraktion DIE LINKE im Landtag

Rot-Rot beendet Privilegierung

Die bisherige Vergünstigung für den Braunkohletagebau beim Wassernutzungsentgelt soll zukünftig entfallen. Das Kabinett beschloss im Rahmen der Novellierung des Wassergesetzes die stufenweise Erhöhung des Entgelts für Wasser, das für die Freihaltung von Tagebauen abgepumpt und einer Nutzung zugeführt wird. Von derzeit zwei Cent pro Kubikmeter ist, gemäß der Vorlage des Umweltministeriums, 2012 eine Steigerung auf sechs Cent und ab 2014 auf insgesamt zehn Cent pro Kubikmeter geplant. Die zuständige Ministerin Anita Tack (DIE LINKE) erläuterte, die Privilegierung des Bergbaus, die erst 2004 eingeführt wurde, werde damit wieder gestrichen. Die Ministerin rechnet mit Zusatzeinnahmen von rund 2,5 Millionen Euro im Jahr. Diese sollen zweckgebunden für wasserwirtschaftliche Aufgaben wie Gewässer- und Hochwasserschutz verwandt werden.

Fraktion DIE LINKE im Landtag



Vergabegesetz

Verabschiedung durch Parlament

Der unter Federführung von Wirtschaftsminister Ralf Christoffers (DIE LINKE) entstandene Gesetzentwurf ist durch das Parlament verabschiedet worden. Das Vergabegesetz wird Anfang 2012 in Kraft treten. Damit hat die rot-rote Koalition ein zentrales Vorhaben umgesetzt. In Brandenburg werden künftig nur noch Unternehmen öffentliche Aufträge bekommen, die eine gesondert gesetzlich festzulegende Lohnuntergrenze von mindestens 8,00 Euro pro Stunde brutto einhalten.



Eine Kommission aus Vertretern von Gewerkschaften und Arbeitgebern sowie Wissenschaftlern wird die Höhe des Mindestlohns für öffentliche Aufträge überprüfen und gegebenenfalls Anpassungen vorschlagen. Heikelster Punkt war die Frage, ob die Regelung auch auf die Auftragsvergabe der Kommunen ausgeweitet werden soll. Für die Kommunen gilt jetzt, wenn sie öffentliche Aufträge an Unternehmen vergeben, die Mindestlohn-Regelung auch. Für den erhöhten Verwaltungsaufwand bei der Umsetzung des Gesetzes ist ein finanzieller Ausgleich beschlossen. Das Gesetz wird auch für Aufgaben an private Dritte gelten. Für den öffentlichen Personennahverkehr wird eine Tariftreueregelung gelten.

Fraktion DIE LINKE im Landtag

Gerichtsstrukturen bleiben bürgernah



Das Amtsgericht Brandenburg an der Havel in der Magdeburger Straße

Mit dem beschlossenen Gesetzentwurf zur Neuausrichtung der Gerichtsstrukturen für das Land Brandenburg liegt nunmehr der Vorschlag der Landesregierung vor. Damit ist eine reichlich sieben Jahre währende Verunsicherung auch der Bediensteten der Justiz beendet. Justizminister Dr. Volkmar Schöneburg (DIE LINKE) hat sich mit seinem Gesetzentwurf bewusst dafür entschieden, die Gerichtsstandorte im ganzen Land bürgernah zu erhalten. Die Gerichte können so – auch unter schwieriger werdenden demografischen Bedingungen - ihre Funktion als dritte Gewalt wahrnehmen.

Die Neuausrichtung der Justizstrukturen gestaltet die vier Landgerichtsbezirke zukunftsfähig - auch dadurch, dass sie an die zu erwartenden demografischen Entwicklungen angepasst werden. Die vier Landgerichtsbezirke werden in Zukunft annähernd gleich groß sein. Die Landesregierung erteilt damit auch unangemessenen Zentralisierungsvorhaben mit längeren Fahrtwegen und fragwürdigen Einsparungen eine Absage. Drohende finanzielle Mehraufwendungen für die Bürgerinnen und Bürger, etwa für ein zentrales Grundbuchamt, werden konsequent vermieden. Auch das ist ein gutes Signal für die Bediensteten und die Rechtsuchenden. Nunmehr können auch die seit Jahren aufgestauten Renovierungs- und Sanierungsarbeiten in und an Gerichtsgebäuden abgebaut werden. Damit werden sich die Arbeits- und Nutzungsbedingungen für die Beschäftigten bzw. die Rechtsuchenden deutlich verbessern. Jetzt kommt es darauf an, die Debatte im Landtag zügig zu führen.

Fraktion DIE LINKE im Landtag

Die Wahlslogans von Frau Dr. Tiemann

Losungen, die es in sich haben - Eine Analyse

Es ist Wahlkampf in unserer Stadt, das sollte jeder von uns bemerkt haben. Unsere Noch-Oberbürgermeisterin geht mit Losungen an den Start, die es in sich haben.
Ihre Slogans hören sich so schön an, wie sich die Fassaden und Straßenzüge in Brandenburg an der Havel anschauen lassen. Doch genauso wie man hinter eine Fassade schauen sollte, müssen die Wahlslogans näher betrachtet werden. Sechs solcher Aussagen sind bzw. waren im Stadtgebiet zu lesen.

1. „Weil sie Brandenburg an der Havel zur Stadt der Gesundheit macht!“
Das ist mir schlichtweg zu dünn. Das Einzige, was sie vollbracht hat, ist, dass das Gesundheitszentrum am Bahnhof errichtet wurde. Das hat aber zur Folge, dass die flächendeckende – im Stadtgebiet verteilte – Facharztbetreuung an einem Ort konzentriert vorgehalten wird. Eine wohnortnahe Versorgung einer immer älter werdender Bevölkerung ist somit nicht mehr gegeben. Doch dafür hat die Stadtverwaltung ja jetzt einen befristeten Begleitservice eingeführt. Zum Gesundheitszentrum am Bahnhof selbst: So gut scheint es noch nicht von der Bevölkerung angenommen worden zu sein, denn die Bäckerei im Haus hat die Öffnungszeiten den übrigen Mietern angepasst und nach unten korrigiert.
Um noch einmal zum Slogan zurückzukehren: Mehr Ärzte kann Frau Tiemann sich auch nicht backen. Zumal die Anzahl der sich hier niederlassenden Ärzte von ganz anderer Stelle bestimmt wird, nämlich von der KV Brandenburg (kassenärztliche Vereinigung Brandenburg). Und die vier Krankenhäuser der Stadt hat es auch schon vor acht Jahren gegeben.
Wo war denn Frau Dr. Tiemann, als die Landesnervenklinik verkauft wurde? Zwar ist es ein Landesbetrieb gewesen, doch die Stadt hätte sich darum bemühen und das Klinikum bei seiner Bewerbung besser unterstützen können.

2. „Weil sie die Schulen für unsere Kinder saniert!“
Natürlich, und das ist auch gut so. Das hätten auch alle anderen politisch Verantwortlichen dieser Stadt so gewollt und getan. Zu kritisieren ist hier doch nur die undurchsichtige Art der Finanzierung durch PPP – die Havelbrandung berichtete darüber ausführlich.
Dazu lässt sich auch sagen, dass viel in diese Stadt investiert wurde. Doch muss man auch konstatieren, dass sich die Schulden dieser Stadt in den letzten 6 Jahren fast verdreifacht haben - auf über 120 Mio. Euro!

3. „Weil sie Brandenburg an der Havel zur Stadt mit Zukunft macht!“
Stadt mit Zukunft? Wo denn? Vielleicht für die Älteren , ohne dies wirklich werten zu wollen. Doch sind sie das einzige Klientel, was noch in der Stadt verbleibt. Die Innenstadt boomt nur so von „Altersstätten“. Hat man vergessen, dass diese Menschen auch noch älter werden und ihr Konsumverhalten sich verändern wird? Wenn diese neumodische „Ghettobildung“ keine Umkehr erfährt und auch anspruchsvoller bezahlbarer Wohnraum für junge Leute entsteht, könnte die Rechnung sehr teuer werden.

4. „ Weil sie für Arbeitsplätze in Brandenburg an der Havel kämpft!“
Der Anschein ist trügerisch. Ja, die Arbeitslosenquote ist gesunken, das ist sie aber bundes- / landesweit. Im Land stehen wir an drittletzter Stelle! In unserer Stadt sind etwa 20% auf Hilfe angewiesen (die Dunkelziffer mag noch viel höher liegen), 3000 werden monatlich von der Tafel e.V. versorgt! Eine Suppenküche gibt es nicht.
Prekäre Beschäftigung und Leiharbeit sind an der Tagesordnung. Das soll die Zukunft sein? Städtische Unternehmen bzw. Unternehmen mit städtischer Beteiligung zahlen sittenwidrige Löhne! Und Gewerkschaften scheint unsere Oberbürgermeisterin zu meiden. An der 1. Mai-Kundgebung hat Frau Dr. Tiemann seit vielen Jahren mit Abstinenz geglänzt, erst dieses Jahr wurde sie wieder einmal gesichtet, es stand ja eine Podiumsdiskussion mit politischen Vertretern dieser Stadt an.

5. „Weil sie Brandenburg eine neue Mitte gegeben hat!“
Ja, die Kernstadt blüht! Doch die angrenzenden Stadtteile werden vernachlässigt (Quenz, Görden, Hohenstücken, Eigene Scholle...).
So sieht es hinter der Fassade aus. Der Masterplan steht, doch eine Sozialdatenanalyse, die die Wahrheit ans Licht bringen würde, lässt weiter auf sich warten! Die Omnipräsenz unserer Oberbürgermeisterin wird nicht abreißen. Schließlich konnte die Bauverwaltung einige Fertigstellungstermine genau in den Wahlkampf hineinlegen, damit noch ein paar Schleifchen durchgeschnitten werden können – Potsdamer, Neuendorfer, Werner-Selenbinder-Straße, Salzhofufer.
Lassen Sie sich nicht blenden, gehen Sie, liebe Bürgerinnen und Bürger, am 11.09.2011 zur Wahl und geben Sie dem Kandidaten der Linken Ihre Stimme.
A. Kutsche



So wie hier, am Hochhaus in der Brielower Straße, sieht es an vielen Stellen im Brandenburger Stadtteil Nord aus.

Rate mal!

Von wem stammen die folgenden Sprüche und Lebensweisheiten?
Ankreuzen und die Lösung schicken an: Geschäftsstelle DIE LINKE, Redaktion „Havelbrandung“, 14770 Brandenburg an der Havel, Altstädtischer Markt 2. Die besten Ratefüchse werden mit Büchergutscheinen belohnt. In der Sommerausgabe haben gewonnen: K. Brandt, E. Behle, P. Janowski. Der Rechtsweg ist ausgeschlossen. *Viel Glück!*

1. Der Staat sollte zuallererst für die Armen sorgen, denn die Reichen sorgen schon für sich selbst.
☐ **A** Karl Marx ☐ **B** Johann G. Seume

2. Ein guter Hirte schert seine Schafe, aber er zieht ihnen nicht das Fell über die Ohren.
☐ **A** austral. Sprichwort ☐ **B** isländ. Sprichwort

3. Wer wagt, selbst zu denken, wird auch selbst handeln.
☐ **A** Gebrüder Grimm ☐ **B** Bettina von Arnim

4. Wer Neues schaffen will, hat alle zu Feinden, die aus dem Alten Nutzen ziehen.
☐ **A** Nicoló Machiavelli ☐ **B** Friedrich Engels

5. Die gefährlichsten Unwahrheiten sind Wahrheiten, mäßig entstellt.
☐ **A** Bertolt Brecht ☐ **B** Georg Ch. Lichtenberg

6. Die Ankunft schließt immer schon den Abschied mit ein.
☐ **A** Günter de Bruyn ☐ **B** Brigitte Reimann

7. Es ist immer noch besser, ein eckiges Etwas zu sein als ein rundes Nichts.
☐ **A** Friedrich Hebbel ☐ **B** Kurt Tucholsky

8. Gewalt ist meist die letzte Zuflucht der Unfähigen.
☐ **A** Mahatma Gandhi ☐ **B** Isaac Asimov

9. Wer sich abgefunden hat, dem steht das Schlimmste oft erst noch bevor.
☐ **A** Arthur Schopenhauer ☐ **B** Gerhard Branstner

SONNTAG, 11. September 2011

ALFREDO FÖRSTER wählen!



Was Wann Wo

SEPTEMBER 2011:

10.09.	14.00 Uhr	Familienfest, Altstädtischer Markt
11.09.	08.00 Uhr	OB-Wahl
	18.00 Uhr	Wahlparty in der Geschäftsstelle
12.09.	18.00 Uhr	Vorstand und Fraktionssitzung
13.09.	16.00 Uhr	BO-Vorsitzendenberatung
21.09.	09.30 Uhr	Frühstück für Jedermann
26.09.	18.00 Uhr	Fraktion
28.09.	16.00 Uhr	SVV
29.09.	18.00 Uhr	Vorstandssitzung

OKTOBER 2011:

10.10.	18.00 Uhr	Fraktion
11.10.	16.00 Uhr	BO-Vorsitzendenberatung
19.10.	09.30 Uhr	Frühstück für Jedermann
24.10.	18.00 Uhr	Fraktion
26.10.2	16.00 Uhr	SVV
27.10.2	18.00 Uhr	Vorstandssitzung
29.10.	09.00 Uhr	Gesamtmitgliederversammlung, TGZ

- Dienstags & Donnerstags, ab 18.00 Uhr linksjugend [`solid]
- immer Donnerstags, 10.00 bis 12.00 Uhr: Schuldnerberatung (nur mit telefonischer Voranmeldung)

Änderungen & Ergänzungen vorbehalten.

Danksagung

Wir danken herzlich unseren Verwandten und Freunden,
ebenso wie allen Genossinnen und Genossen,
die uns zur Geburt unseres Sohnes

Tycho Daniel Gabrysiak
(3580g, 52cm)

am 20. August 2011 gratuliert haben.
Wir hoffen, dass sich diese innovative Form
der Nachwuchsförderung
weiter etabliert!

Eva Gabrysiak &
Daniel Förster

Jetzt Mitglied werden!
Mitmachen und Einmischen!
Für einen gesetzlichen Mindestlohn.
Gegen Kriegseinsätze der Bundeswehr.
www.dielinke-brb.de

Name, Vorname

Straße, Hausnummer

Postleitzahl, Ort

Telefon

E-Mail

Datum, Unterschrift

Bitte ausreichend frankieren

DIE LINKE
Am Altstädtischen Markt 2
14770 Brandenburg an der Havel

IMPRESSUM: HAVELbrandung .
Die linke Zeitung für Brandenburg an der Havel . Ausgabe 03/2011 . Herausgeber: DIE LINKE Brandenburg an der Havel . Altstädtischer Markt 2 . 14770 Brandenburg an der Havel. V.i.s.d.P. René Kretzschmar. E-Mail: redaktion@dielinke-brb.de . Die Veröffentlichungen müssen nicht mit der Meinung und dem Stil des Herausgebers bzw. der Redaktion übereinstimmen. Die Redaktion behält sich das Recht zur auszugweisen Wiedergabe von Zuschriften vor. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Bilder übernimmt die Redaktion keine Haftung. **Druck:** LR Medienverlag und Druckerei GmbH . Straße der Jugend 54. 03050 Cottbus Auflage: 37.500 Stück. **Redaktionsleitung:** L. Krakau und A. Kutsche **Redaktionsmitglieder:** W. Müller, P. Zimmermann, W. Weise, Dr. U. Sändig **Bildnachweise:** GodonWelters|www.gordonwelters.com (1); Seite 2: privat; Werner Müller/DIE LINKE (2|2|3|3|5|6|6|6|7|8); SimoneHainz@pixelio.de (4); René Kretzschmar/DIE LINKE (5); Foto Wildgrube (5)
Öffnungszeiten Geschäftsstelle DIE LINKE
Altstädtischer Markt 2 14770 Brandenburg an der Havel Montag bis Donnerstag 10:00 bis 18:00 Uhr; Freitag 10:00 bis 14:00 Uhr .
Telefon 0 33 81 / 22 47 33 . Fax 0 33 81 / 22 99 61 . Web www.dielinke-brb.de . E-Mail redaktion@dielinke-brb.de